

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1999
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Brandenburg

**„Für die F.D.P. zu stimmen bedeutet,
der Liberalität Stimme zu verleihen“**

(Beschlissen auf dem Landesparteitag
in Götz am 27. März 1999)

Quelle/Zitierweise:

<http://www.fdp-brandenburg.de/17/dokumente/programm.pdf> ; 12.02.2004

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-18

Programm des F.D.P.- Landesverbandes Brandenburg

*"Für die F.D.P. zu stimmen bedeutet,
der Liberalität Stimme zu verleihen."*

Beschlossen auf dem 9. Landesparteitag am 27. März 1999 in Götz

Verzeichnis:	Seite
• Präambel	2
• Bildung ist Investition in Brandenburgs Zukunft	3
• Wissenschaft für die Zukunft Brandenburgs	4
• Arbeitsplätze durch qualitatives und quantitatives Wachstum	5
• Liberale Landwirtschaftspolitik	5
• Haushalt muß Prioritäten umsetzen	6
• Marktorientiertes Programm für eine umweltverträgliche Landesentwicklung	7
• Eigentumsbildung im Wohnungsbau	7
• Ausbau der Verkehrsinfrastruktur	8
• Soziale Netze im Liberalen Sozialstaat	8
• Die Sorge um die Gesundheit ist liberal	9
• Kinder- und Jugendpolitik	10
• Neue Perspektiven für den Kulturstandort Brandenburg	11
• Liberale Sportpolitik	12
• Kommunale Demokratie	13
• Standard an Innerer Sicherheit erhalten und ausbauen	14
• Neuer Föderalismus	15

Präambel

Frei soll unser Sinn sein, der Bürger das Maß aller Dinge. Sicher wollen wir leben, in Frieden mit unseren Nachbarn, gut soll es uns gehen. Gesund bis ins hohe Alter in einer Umwelt, in der der Mensch seinen natürlichen Platz hat. Fleißig wollen wir sein, den Schwachen helfen und uns vor Faulen und Betrügern schützen. Gutes Geld wollen wir verdienen, es nicht als Almosen bekommen. Zu lernen haben wir: Sprachen, Kultur, Mathe, Internet und Toleranz. Das Neue, Moderne, Ungewöhnliche darf keine Furcht verbreiten. Deutsche sind wir in Europa, mit Freunden bei uns und in aller Welt. Unruhe ist in uns wegen rechter und linker Verderber unseres Ansehens. Streit wollen wir mit ehrlichen Menschen darüber, wie wir unser Land besser machen. Preußen ist in unsere Tradition, Brandenburgs guter Name in der Welt unser Ziel.

Unser Politikangebot wendet sich an den Bürger, der selbstbewußt seinen Staat als Dienstleister sieht, aber nicht nur auf dessen Segnungen wartet, sondern auch fragt, was er für seinen Staat tun kann. Alles hinzunehmen, jede Steuer, jede Gängelung, jede Vorschrift, ist vielleicht nicht unehrenhaft, aber auf keinen Fall liberal. Für diese Anschauung steht die F.D.P., nicht für eine bestimmte Gruppe von Menschen.

Lesen Sie gut, was wir Ihnen vorschlagen, vielleicht auch manches zweimal, denn Toleranz und Unduldsamkeit der Mitte erfordern den denkenden, den kritischen Bürger. Liberalität zu lernen ist in gleicher Weise mühsam wie lohnend.

Für die F.D.P. zu stimmen bedeutet, der Liberalität Stimme zu verleihen.

Bildung ist Investition in Brandenburgs Zukunft

Die F.D.P. fördert und fordert Anstrengungswille, Fleiß und Verantwortungsbereitschaft in der Schule. Mit der F.D.P. gibt es eine auf das Leben in Verantwortung und Konkurrenz vorbereitende Erziehung statt Kuschelpädagogik. Nur mit den Lehrern ist es möglich, aus der Brandenburgischen Schule ein zukunftsweisendes Modell zu machen. Die F.D.P. fordert:

- **12 Jahre zum Abitur sind genug!**
- **Ab Ende der 1. Klasse Noten und Einführung von Kopfnoten für Betragen, Ordnung und Fleiß.**
- **Mehr Rücksicht auf Elternwillen bei der Schulformwahl unter Berücksichtigung der Leistungen ihrer Kinder und Förderung von Hochbegabungen und von Benachteiligten durch entsprechende Möglichkeiten der Sonderbetreuung.**
- **Erhalt der Realschule im Rahmen des gegliederten Schulsystems.**
- **Ausbau der "kleinen" Grundschule und Versuche zu regionalen Ganztagschulen.**
- **Verbesserung der Bedingungen für Schulen in freier Trägerschaft.**
- **Erhöhung der Mittel zur Modernisierung der Schulgebäude (Sport für alle in der Halle!).**
- **Computer für jede Klasse.**
- **Einrichtung doppelqualifizierender Bildungsgänge (Abitur mit Berufsausbildung)**

Die berufliche Ausbildung im dualen System ist Basis für eine leistungsfähige und im internationalen Vergleich flexible praxisorientierte Berufstätigkeit. Die F.D.P. fordert:

- **Keine Ausbildungsabgaben.**
- **Ausbildungsbefähigung für mehr Unternehmen, gerade im Dienstleistungsbereich.**
- **Modulare Ausbildung: Basisberuf mit anschließender Spezialbildung.**

Die Betriebe müssen über ihren aktuellen Bedarf hinaus ausbilden. Um ihnen das finanziell zu erleichtern, sind die gegenwärtigen Förderstrukturen zu überprüfen und anzupassen.

Wissenschaft für die Zukunft Brandenburgs

Der Wissenschaftshaushalt muß deutlich erhöht werden. Die F.D.P. fordert eine Anhebung auf 6,5 % des Landeshaushaltes bis Ende der kommenden Legislaturperiode. Das heißt, in den kommenden fünf Jahren ist jährlich eine Anhebung um jeweils 70 Mio. DM notwendig. Die Zahl der Studienplätze muß auf mindestens 35.000 angehoben werden.

Die Voraussetzung für eine grundlegend neue Rechtsstellung der Hochschulen ist die Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes. Die Länder müssen diesen Freiraum nutzen und ihn an die Hochschulen weitergeben. Sie dürfen künftig nur noch eine allgemeine Rechtsaufsicht über die Hochschulen ausüben. Die staatliche Grundfinanzierung über einen Globalhaushalt bleibt erhalten und wird durch zwei Wettbewerbskomponenten ergänzt, die sich auf Leistungen in der Lehre (Studierendenzahl) und in der Forschung (staatliche Drittmittel, Deutsche Forschungsgesellschaft) beziehen.

Gemeinsam betriebene Technologietransfer-, Weiterbildungs- und Kompetenzzentren sind die Orte für eine Private-Public-Partnership zwischen Hochschulen und Gesellschaft.

Eine vertraglich vereinbarte Nachfinanzierung des Studiums durch die Hochschulabsolventen (australisches Modell, "Nachlaufende Studienzeit") ist erst dann vorzusehen, wenn über die staatliche Finanzierung gesichert ist, daß die Hochschulen über die personelle und räumliche Ausstattung verfügen, die es allen Studierenden ermöglicht, einen Abschluß nach 8 bis 10 Semestern zu erreichen.

Als radikale Alternative und permanente Herausforderung der bestehenden Hochschulen ist die komplette Privatisierung bestehender Hochschulen zu prüfen.

Arbeitsplätze durch qualitatives und quantitatives Wachstum

Die Wirtschaft des Landes Brandenburg braucht bessere Angebotsbedingungen für ein stärkeres Wachstum. Die F.D.P. wird die Wirtschaftspolitik vorrangig auf die Erfordernisse der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Handwerk und Gewerbe sowie der Freiberufler ausrichten.

Der seit 1994 rückläufige Trend der investiven Ausgaben im Landeshaushalt muß umgekehrt werden, um die Entwicklung der Unternehmen wirksam zu unterstützen. Die jahrelange Vernachlässigung der Förderung von Existenzgründungen muß beendet werden.

Die Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit, die durch politische und bürokratische Fehlentscheidungen zunehmend verschlechtert worden sind, bedürfen dringender Veränderungen. Die Belastung der Unternehmen durch Bürokratie, Steuern und Abgaben muß spürbar zurückgeführt werden. Die F.D.P. wird konsequent gegen ökonomisch und ordnungspolitisch unsinnige Auflagen und Restriktionen vorgehen.

Auf kommunaler und Landesebene gehören nichthoheitliche Aufgaben und ihre Durchführung auf den Prüfstand. Die F.D.P. setzt sich für die Privatisierung solcher Leistungen ein, die von der freien Wirtschaft zu gleichen oder besseren Konditionen erbracht werden können.

Die Landespolitik muß sich den Herausforderungen stellen, die mit der absehbaren Aufnahme Polens in die EU entstehen. Die Chancen und Risiken für die Brandenburger Wirtschaft müssen rechtzeitig analysiert und in konkrete Handlungsempfehlungen umgesetzt werden. Die F.D.P. wird den notwendigen Anpassungsprozeß in den Unternehmen fördern und unterstützen.

Libérale Landwirtschaftspolitik

Die Landwirtschaft wird ein wichtiger Wirtschafts- und Lebensfaktor im ländlichen Raum bleiben. Die Rahmenbedingungen müssen sowohl die landwirtschaftliche Produktion als auch landschaftspflegerische Leistungen unter ökonomischen Kriterien ermöglichen. Die Agrarpolitik des Landes muß neu ausgerichtet werden, um allen betrieblichen Eigentumsformen gleiche Bestands- und Entwicklungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Die Förderbürokratie muß auf das notwendige Minimum begrenzt werden. Dabei sind vorrangig zersplitterte Landesprogramme zusammenzufassen und intransparente Landesregelungen abzubauen. Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes müssen grundsätzlich so gestaltet werden, daß keine enteignungsähnlichen Eingriffe in das Eigentum von Landwirten vorgenommen wer-

den. Anstelle von Nutzungseinschränkungen und –verboten ist verstärkt der Vertragsnaturschutz als Instrument zur Pflege und Erhaltung der Natur zu nutzen.

Haushalt muß Prioritäten umsetzen

Der Bereich Haushalt und Finanzen ist eine Querschnittsaufgabe. Die Qualität, mit der das Land seine Aufgaben erfüllt, hängt im wesentlichen von der finanziellen Ausstattung aber auch von einem entsprechenden Management der Finanzverwaltung ab.

Nur so viel Staat wie nötig:

- Verschlankung des Landespersonals auf max. 55.000 Stellen
- Das hierdurch freiwerdende Potential im Hause von ca. 500 bis 700 Mio. DM jährlich soll zur Aufstockung der Mittel bei den Hochschulen, der Mittelstandsförderung und den Kommunen sowie zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden.

Kein "Rasenmäherprinzip" beim Sparen, Ressortverantwortung stärken:

- Amtliche Ausgaben des Landeshaushaltes sind im einzelnen auf ihre Notwendigkeit und Finanzierbarkeit zu prüfen (Kassensturz insbesondere im MASGF).
- Abbau überflüssiger Richtlinien.
- Förderung von "Modellprojekten" zur Budgetierung.
- Die Vielfalt von Methoden der Finanzierung öffentlicher und nichtöffentlicher Einrichtungen ist stärker zu fördern; das Land soll lediglich die "Grundfinanzierung" absichern.

Stärkung der Kommunen:

- Bei der Übertragung von Aufgaben des Landes an Kommunen sind diese auch mit den notwendigen Finanzen auszustatten.

- Die Kommunen sind an den Steuereinnahmen des Landes angemessener zu beteiligen.
- Die Finanzaufweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz sind direkt an die Kommunen weiterzuleiten.

Marktorientiertes Programm für eine umweltverträgliche Landesentwicklung

Die F.D.P. bekennt sich ausdrücklich zu allen Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes ohne ideologisch motivierte Übertreibungen und administrative Willkür. Nur durch aktives und bewußtes Handeln der Menschen können schützenswerte Landschaften langfristig entwickelt werden. Landschafts- und Naturschutz und landwirtschaftliche und gewerbliche Nutzung sind kein Widerspruch.

Die sinnvolle Vernetzung der verschiedenen, gut auszubauenden Verkehrs- und Transportsysteme sowie die Entwicklung attraktiver und lebenswerter Innenstädte vermindert langfristig Konfliktpotentiale und schützt Natur und Umwelt.

Die Förderung alternativer Verfahren zur Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauches ist deutlich zu verstärken. Aktives Handeln ist stärker zu motivieren. Geringerer Verbrauch muß zu geringeren Kosten führen. In dünn besiedelten Regionen sind dezentrale Entsorgungssysteme zu fördern.

Die Entsorgungswirtschaft als Träger innovativer Vermeidungs- und Verwertungsstrategien braucht einen freien Wettbewerb, um uneffektive Entsorgungsstrukturen zu verhindern.

Eigentumsbildung im Wohnungsbau

Die Eigentumsbildung im Wohnungsbau schafft stärkere Identifikation und Verantwortungsbewußtsein und ist besonders zu fördern.

Die Entwicklung attraktiver Innenstädte bringt eine ausgewogene wirtschaftliche Nutzung der notwendigen Infrastruktur.

Die Sanierung aber auch der Rückbau im Geschoßwohnungsbau ist mit klaren Konzepten durchzuführen.

Um das Verantwortungsbewußtsein zu fördern, sind die Bewohner frühzeitig effektiv in den Gesamtprozeß einzubeziehen. Modellhafte Konzepte sind zu fördern.

Legal errichtete, private Wochenendhäuser genießen Bestandsschutz. Ein Dauerwohnrecht ist bei Bedarf zu ermöglichen.

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Der zügige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur genießt eine klare Priorität. Um Sicherheit und Leistungsfähigkeit zu erhöhen, ist das Straßennetz sowie das straßenbegleitende Rad- und Gehwegenetz umweltverträglich auszubauen. Eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur schafft positive Standortfaktoren.

Straßen- und schienengebundener öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist stärker und bedarfsgerechter zu vernetzen.

Der ÖPNV ist stärker an private Anbieter zu vergeben. Alternative Beförderungsangebote in besonders dünn besiedelten Gebieten sind verstärkt zu fördern.

Das Schulbussystem ist in Abstimmung mit den Schulzeiten zu etablieren.

Strukturbestimmende Investitionen, wie z.B. der Flughafen Berlin-Brandenburg sowie der Havelausbau, sind nach objektiver Prüfung zügig und ohne Zwischenlösungen zu realisieren.

Die Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger ist bedarfsgerecht zu verstärken.

Soziale Netze im Liberalen Sozialstaat

Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Dabei kommt der Arbeit eine zentrale Bedeutung zu. Liberale Sozialpolitik schafft die Rahmenbedingungen, die Eigeninitiative ermöglicht und dadurch Arbeitsplätze schafft.

Soziales Engagement der Betriebe im Rahmen ihrer Personalpolitik muß sich auch betriebswirtschaftlich "rechnen". Es muß sich also lohnen, Arbeitsplätze zu schaffen. Von staatlich finanzierten Betrieben, die nach dem Motto "Arbeit statt Sozialhilfe" gegründet und finanziert werden, kann kein nachhaltiger Bestand von Arbeitsplätzen ausgehen.

Auf Landesebene wollen wir erreichen, daß der Staat sich auf eine koordinierende und unterstützende Funktion zurückzieht. Nach dem Subsidiaritätsprinzip ist die Gestaltung der Sozialpolitik vor Ort Aufgabe von Selbsthilfegruppen und freien Trägern. Solidarität kann nicht auf der Gestaltung durch staatsfinanzierten Ersatzträger aufbauen. Selbsthilfegruppen und freie Träger haben immer ihren Eigenanteil zur Finanzierung beizutragen und sind der Wirtschaftlichkeit und Effizienz verpflichtet. Solidarische Hilfe der Gesellschaft soll, wo immer möglich, die Rückkehr in die Arbeitswelt zum Ziel

haben. Daueralimentation durch den Staat kann nicht das Ziel sein. Eigene Erwerbstätigkeit, die ein ausreichendes Einkommen sichert, kann auf Dauer nur auf wirtschaftlichem Gewinn aufbauen. Ohne wirtschaftlichen Gewinn sind Sozialleistungen nicht möglich.

Die Sorge um die Gesundheit ist liberal

Libérale Gesundheitspolitik hat das Ziel, den Einzelnen gegen gesundheitliche Risiken abzusichern. Das setzt Anstrengungen des Einzelnen genauso voraus, wie eine Absicherung in der solidarischen Gemeinschaft.

Libérale Gesundheitsvorsorge heißt:

- **Der verantwortungsvolle Umgang des Einzelnen mit seiner Gesundheit ist unverzichtbare Basis. Er muß durch materielle Anreize, wie Bonusbeiträge in der Krankenversicherung, gestärkt werden.**
- **Ohne Kostensenkung ist die Gesundheitsvorsorge nicht mehr bezahlbar. Eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik setzt auf die Vermeidung von Mehrfachuntersuchungen, die Vernetzung von ambulanten und stationären Einrichtungen, eine anrechenbare Prophylaxe und eine bezahlbare Beratungstätigkeit.**
- **Niedergelassene Ärzte sind eine tragende Säule des Gesundheitssystems. Die Angleichung der Arzthonorare in Ost- und Westdeutschland entspricht den Leistungen. Wer ostdeutsche Ärzte diskriminiert, trifft damit auch die Patienten.**
- **Ein leistungsfähiges und wirtschaftlich effizient arbeitendes öffentliches Gesundheitswesen muß gesichert werden. Neben der Leistung der spezialisierten Gebietsärzte kommt der hausärztlichen Tätigkeit ein hoher Stellenwert zu, denn die Hausärzte tragen wesentliche Verantwortung bei der Grundversorgung der Bürger.**
- **Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen ambulanten und stationären Leistungsbringern im Gesundheitswesen ist ein tragendes Prinzip liberaler Gesundheitsvorsorge**

Kinder und Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche müsse neben interessanten Lern- und Freizeitangeboten mehr Möglichkeiten für verantwortungsvolles, selbstbestimmtes und soziales Handeln im Sinne unseres Rechtsstaats erhalten. Damit soll erreicht werden, daß sie einen festen Platz in der Gesellschaft finden, der einerseits ihre Bedürfnisse und andererseits die Forderungen aus dem Generationenvertrag erfüllt.

Kinder und Jugendliche sind das Potential für die Zukunft in Brandenburg. Ihre Interessen dürfen nicht zu Objekten des Verwaltungshandelns der Politik werden. Sie auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten muß oberstes Ziel sein, um ihnen alle Wege der Selbstverwirklichung zu öffnen.

Landesregierung und Kommunen können sich nicht vor diesem hohen Anspruch an ihre Politik verschließen, sondern müssen mit hell wachem Blick auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen achten und versuchen, deren Ideen in die Gestaltung der Kommunal- und Landespolitik einfließen zu lassen.

Schwerpunkte:

- **Bildung einer Kinder- und Jugendkommission im Brandenburger Landtag**
- **Kinder- und Jugendprojekte müssen auf Transparenz, Nachhaltigkeit und Wirksamkeit geprüft werden.**
- **Begegnungsprogramme unserer Kinder und Jugendlichen mit ihresgleichen aus anderen Ländern dieser Welt, vorrangig mit den Kindern und Jugendlichen unseres Nachbarlandes Polen**
- **Unterstützung von Partnerschaften auf allen Ebenen dieser Politik**
- **Unterstützung der Agenda 21 von Rio**
- **Integration von Kindern und Jugendlichen und Einbeziehung dieser bei Planungsprozessen, die deren Umfeld betreffen (z.B. öffentliche Freizeitanlagen, Jugendclubs, Spielplätze usw.)**

Neue Perspektiven für den Kulturstandort Brandenburg

Die Kulturfinanzierung über den Landeshaushalt ist zu stark abhängig von den politischen Prioritäten der jährlichen Haushaltslage. Kultur braucht jedoch einen langen finanziellen und konzeptionellen Atem. Der Anteil am Landeshaushalt ist deshalb zu verstetigen und schrittweise bis zum Ende der Legislaturperiode auf 1,3 % des Landeshaushaltes anzuheben. Im Haushalt selbst verbleibt lediglich die institutionelle Kulturförderung. Alle anderen Aufgaben der Kulturförderung werden auf eine Stiftung übertragen, deren Gremien zu mehr als der Hälfte mit Vertretern aus der Landeskultur besetzt werden.

Kommunale Kulturfonds der Wirtschaft sollen die institutionelle Förderung der kommunalen Kultureinrichtungen unterstützen und Freiraum für projektbezogenes Arbeiten schaffen. Museen, Bibliotheken und Musikschulen sind als kommunale Kultureinrichtungen auf kontinuierliche Förderung angewiesen. Über ein Musikschulgesetz soll Qualität und Finanzierung der Musikschulen im Rahmen einer drittelparitätischen Finanzierung gesichert werden.

Die brandenburgische Kulturlandschaft ist keineswegs überdimensioniert. Ein Kulturabbau ist deshalb nicht akzeptabel. Das gilt auch für den Fall einer Fusion mit Berlin.

Auf Bundesebene ist durch eine Änderung des Stiftungs- und des Steuerrechtes ein größerer Anreiz für die Kulturförderung von Firmen und Bürgern zu ermöglichen.

Libérale Sportpolitik

- **Der Sport leistet einen beachtlichen Beitrag zur Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Als funktionierende Sozialstation tragen die Vereine dazu bei, die wachsenden Probleme der Gesellschaft mit ihren Mitteln lösen zu helfen.**

Die F.D.P. des Landes Brandenburg setzt sich deshalb ein:

- **Für eine ausgewogene Förderung des Breiten- und des Spitzensports
Große Bedeutung hat dabei die Sichtung und Förderung von Talenten.**
- **Für eine weitere Stärkung des Ehrenamtes
Der Sport lebt wesentlich von den freiwilligen Leistungen seiner ehrenamtlichen Mitglieder. Das Ehrenamt ist eine wichtige Säule der liberalen Bürgergesellschaft und verdient deshalb jede erdenkliche Unterstützung.**
- **Für den Erhalt der vorhandenen und den Neubau von Sportstätten
Mit Hilfe des "Goldenen Planes Ost" ist der dringende Nachholbedarf auf diesem Gebiet abzarbeiten. Sportanlagen sollten den Vereinen möglichst kostenlos zur Verfügung gestellt werden.**
- **Für mehr Sport- und Freizeitangebote für die Bürger**
- **Für privatwirtschaftliches Engagement auf dem Gebiet des Sports durch Spender und Sponsoren**
- **Für einen energischen Kampf gegen alle Dopingpraktiken**
- **Für die Sicherung des Sportunterrichts an den Schulen.**

Kommunale Demokratie

Die Kommunen bilden die Keimzelle unseres Staatsaufbaus. Sie vermitteln als unmittelbarer Ansprechpartner für den Bürger diesem die Verbindung zum Gemeinwesen Staat und zur staatlichen Demokratie. Hierzu ist die Sicherung eigenständiger kommunaler Zuständigkeiten erforderlich, um die Akzeptanz des Bürgers zu stärken und demokratische und kommunale Strukturen sichtbar zu machen.

Unsere Forderungen:

- **Aufgabenübertragungen des Landes und des Kreises an die Kommunen müssen mit der Übertragung der erforderlichen Finanzausstattung einhergehen. Die Kommunen dürfen nicht weiter Bittsteller beim Landkreis oder bei der Landesregierung sein.**
- **Die kommunale Verwaltung muß sich als Dienstleistungseinheit für den Bürger der jeweiligen Verwaltungsregion verstehen. Sie muß durch bürgerfreundliche Nutzung der gesetzlichen Handlungsspielräume an unbürokratischen Entscheidungsabläufen mitwirken.**
- **Die Gemeindereform muß auf Basis der Freiwilligkeit erzielt werden.**
- **Bürgerbüros in den kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen und Ämtern sind einzurichten.**
- **Die Vergabe von Fördermitteln muß vereinfacht werden. Die Ämter sind am besten in der Lage, diese Mittel sinnvoll und gezielt einzusetzen, wenn sie gesetzlich dazu autorisiert werden. Dies gilt natürlich auch für die kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen.**
- **Die sich verselbständigende Gesetzgebungsmaschine muß gestoppt werden. Das ungestörte Weiterproduzieren kostentreibender Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Richtlinien ist zu beenden, denn rund 80 % der Bundesgesetze und 90 % der Landesgesetze schlagen direkt auf die Kommunen und damit natürlich auf deren**

Finanzen durch.

Standard an Innerer Sicherheit erhalten und ausbauen

Der im Land Brandenburg erreichte Standard im Bereich der inneren Sicherheit darf auf keinen Fall gemindert sondern muß vielmehr dem gewachsenen Bedarf angepaßt werden. Die beabsichtigten Kürzungen im Ressortbereich des Ministeriums des Innern sind nicht hinnehmbar.

Es ist unbedingt notwendig, daß

- **kein drastischer Personalabbau von Stellen bei der Polizei erfolgt, sondern die Posten- und Revierdienste bei der Polizei gestärkt werden,**
- **die freien Stellen im Vollzugsdienst umgehend besetzt werden,**
- **die Eigenverantwortlichkeit der Polizeipräsidien, z.B. durch Eigenentscheidung zur Einrichtung von Sonderaufgabenbereichen, gestärkt werden muß, hier insbesondere spezielle Jugendkommissariate**
- **die Anzahl der Jugendsachbearbeiter erhöht wird,**
- **der Ausstattungsstandard im Bereich der Polizei und des Vollzugsdienstes (hier speziell im Sachhaushalt) dem Bedarf angepaßt wird (insbesondere keine Schließung von Polizeiwachen sowie Reduzierung von Einsatzfahrzeugen),**
- **im Bereich der Prävention eine Förderung von Einrichtungen und Initiativen zur Prävention von Straftaten unter Einbeziehung aller Kräfte (Eltern, Schule, Vereine, Polizei) gewährleistet ist.**

Verstärkte Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern, insbesondere Polen:

- **Die F.D.P. setzt sich auf Landesebene für den schnellstmöglichen Abschluß entsprechender Rechtshilfeabkommen durch die**

Bundesregierung ein.

Neuer Föderalismus

Ein dezentral regiertes Deutschland hat sich bewährt. Die F.D.P. will die Rückverlagerung von Bundeskompetenzen in Länderhoheit.

Die F.D.P. will eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, die eine Stärkung der Finanzbasis des Landes Brandenburg bringt. Leistung muß sich lohnen.

Die F.D.P. wird die Interessen Brandenburgs offensiv vertreten.

- **Ja zu Factory Outlet Centers in Brandenburg!**
- **Schönefeld wird einziger Verkehrsflughafen im Großraum Berlin!**

Gleichzeitig fordert die F.D.P., den Interessenausgleich mit Berlin in fairer Weise und mit für die Bürger optimalem Ergebnis im Rahmen gemeinsamer Planungsrunden zu suchen.

Wir fordern:

- **freie Schulortwahl an den Landesgrenzen!**
- **Bürger dürfen ihre Krankenhäuser frei wählen.**
- **eine effizientere gemeinsame Landesplanung!**

Die F.D.P. will die Länderfusion von Berlin und Brandenburg. Sie ist wünschenswert und wird mittelfristig angestrebt.

**F.D.P. Die Liberalen
Landesverband Brandenburg**

Alleestraße 12

D 14469 Potsdam

Telefon: 0331-29 16 41

Telefax: 0331-29 19 40

eMail: lvbrb@fdp-de

Internet: <http://www.fdp-brandenburg.de>